

Kreuzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Anzeigensgebühr für den Raum einer Seite 7 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit!»

Uebersicht.

Deutschland. — Leipzig. Die Richtung auf nationale Einheit. Die Advocatenversammlung in Mainz. *München. Die griechischen Zustände. Gerüchte von Reaktionsplänen. Der Hülfverein. *München. Der Fürst v. Wallerstein geht wieder nach Paris. *Hannover. Die Zollwirren. — Bau eines Hoftheaters. — Studentenversammlung in Giessen. Verbot der «Narzhalla.» Oldenburg. Beisetzung der Großherzogin. Bremen. Der Zollbruch in Ammensen.

Preußen. Berlin. Die jüdischen Freimaurer. Die Juden in Polen. Colonisationsplan. — Das Ehescheidungs- und das Judengesetz.

Oesterreich. *Wien. Die ägyptischen Flüchtlinge. Der Bladika von Montenegro. Der päpstliche Runtius. — Graf v. Attems.

Großbritannien. Oberhaus: Durchsuchungsrecht. Unterhaus: das Dreingebiet. Die Eisenbahnen. — Die Whigs in der Getreidefrage. Ergänzungsvertrag mit China. Feuerbrunst in Kanton. Schiffsbau.

Frankreich. Project eines Invalidenhaus für Handwerker. General Bertrand. Die Colonistendörfer in Algerien.

Niederlande. Finanzvota.

Schweiz. Das Hospiz auf dem St. Gotthard. Die Geschworenentafel in Genf. Solothurn in Betreff des Distrikalenders.

Italien. *Rom. Das Verfahren gegen die Volksvertreter. Finanzmaßregeln. Die Candelora. Feuerbrünste.

Rußland und Polen. Vom Schwarzen Meere. Escherkessentrieg. — Ukas in Betreff der katholischen Geistlichkeit.

Türkei. *Konstantinopel. Die Libanonangelegenheit. Syrien. Der hingerichtete Renegat. Tod des Dr. Eder. Graf Stürmer.

Personalmeldungen.

Wissenschaft und Kunst. *Rom. P. Ungarelli.

Handel und Industrie. *Wien. Ein Contrebandefall. *Petersburg. Hebung der Pferdezahl. *Galacz. Moldauische Schiffslage. *Athen. Die Nationalbank. — Der Eisenbahnbetrieb in Frankreich i. J. 1843. — Berlin.

Neueste Nachrichten. Eröffnung der Ständeversammlung von Nassau. Madrid. Die Insurrectionen. Paris. Ministerium.

Ankündigungen.

Deutschland.

— Leipzig, 12. Febr. Der Ruf nach nationaler Einheit, welcher mit schöner Beharrlichkeit dormalen in Deutschland widerhallt, gewinnt um so tiefere Bedeutung, weil er kein Nothschrei in unmittelbarer Bedrängniß, keine Parole des Fanatismus irgend einer Art, sondern das Ergebnis des im langen, gesegneten Frieden gereiften Selbstbewußtseins des deutschen Volks ist, das unbedenklich der edelsten eins genannt werden darf. Aus diesem Selbstbewußtsein entspringt jene überall bemerkbare Empfänglichkeit für große und nationale Ideen, jenes einverständliche Streben nach ihrer Verwirklichung, kurz, jene „Richtung auf das Allgemeine“, welche Hofrath Schulze im Februarhefte von Bülow's «Neuen Jahrbüchern» u. s. so trefflich als Erscheinung unserer Tage und als tröstliches Vorzeichen einer bessern Zukunft charakterisirt hat. Sie dient dazu, einen edlen Gemeingeist zu nähren, die Kräfte vieler für das dem Einzelnen Unausführbare zu vereinen, und wenn sonst, wie es am angeführten Orte heißt, das Volk nur Heil und Wohlstand vom Regenten erwartete, so weiß es jetzt sich selbst zu helfen. Der Dünkel wird von jener Richtung in seiner ganzen Blöße herausgestellt, welcher bloß seine Individualität bevorzugt, sein Volk für ein Volk Gottes hält, ein Dünkel, „der sich oft in deutschen Staaten breit gemacht, Deutschlands Vereinigung gehindert und dessen Kraft geschwächt hat“. Thörichte Despoten und gefährliche Revolutionäre sind es, die das Volk durch zwingende Staatsmaßregeln glücklich machen wollen, sie mögen auf der äußersten Linken in den Kammern sitzen oder als besternte vornehme Räte an den Stufen unumschränkter Fürstenthrone stehen. Denn zu allen Zeiten noch beruhte die Kraft wahrhaft gebildeter Staaten auf ihren Bürgern, und Deutschland wurde nur dadurch von einigen andern Staaten überflügelt, daß sie ihre Macht vor Allem auf ihre Bürger gründeten. Der lebenskräftigen Richtung auf das Allgemeine haben wir die Vereine deutscher Naturforscher, Philologen, Architekten, Landwirthe u. s. entspringen sehen, und die zum Juli ausgeschriebene Versammlung deutscher Advocaten in Mainz verspricht wieder eins ihrer tüchtigsten Ergebnisse zu werden. Das Verlangen nach einer deutschen Nationalgesetzgebung ist längst als eine der wichtigsten Zeitfragen anerkannt. Vieles ist auf diesem Gebiete nachzuholen, denn Gesetzgebung und Juristen haben sich nicht als Organe einer nationalen Rechtsbildung bewährt. „Dem Volke selbst ward sein freier Antheil an der Rechtserzeugung verkümmert“, sagt Beseler in seinem «Vollrecht und Juristenrecht»; aber auch zur Herabdrückung des Advocaten-

standes hat die Macht der Richter und die Masse zweckwidriger Gesetze möglichst viel gethan. Sind darin auch große Veränderungen und Verbesserungen eingetreten, so besitzt der Advocatenstand doch noch in ansehnlichen deutschen Ländern bei weitem seine gebührende Stellung nicht und hängt theilweise, wie die Staatsdiener, mit seinem äußern Wohl und Wehe von ministerieller Gunst ab. „Von einem Verfall des Advocatenstandes zeigt es schon“, sagt Beseler's Rechtslexikon, „wo die Advocaten unter andern Benennungen, z. B. Justizcommissare, Justizräthe u. s. vorkommen, zumal wenn diese Titel als Vergünstigung gesucht und ertheilt werden“, weil daraus erhellt, daß der Advocatenstand als solcher kein Ansehen zu verlieren vermag. Von der Versammlung in Mainz ist daher für Hebung des Standes wie für nationales Recht Wichtiges zu erwarten. Denn es beschränkt sich die Aufgabe des mit seiner Wissenschaft fortgehenden Advocaten keineswegs auf bloße Anwendung gegebener Rechtsfälle in Streitigkeiten vor Gericht und bei anderer Gelegenheit; vielmehr hat er noch ein höheres Ziel außer dem zu verfolgen und zur Bildung und Fortbildung des Rechts mittels freier Forschung eifrig beizutragen. Außer den dafür erhobenen wichtigen Stimmen weisen ihn dabei schon die Zustände Deutschlands darauf hin, die Einheit seiner Gesetzgebung dabei mit ins Auge zu fassen. Der Zollverein bedingt ganz natürlich ein gemeinsames Handelsgesetzbuch, wie er schon zu einem gleichen Zollstrafgesetze geführt hat, und von diesen Theilen führt die innere Verbindung des Rechts nothwendig weiter. Die Anbahnung der Vermittelung dieses Fortschrittes liegt zunächst auf wissenschaftlichem Boden, und es kann wol nur ein Mißverständnis oder ein entstellter Umstand zu dem Verbot Anlaß gewesen sein, was den preussischen Advocaten die Theilnahme an der Versammlung in Mainz untersagt, zumal diese Theilnahme obendrein keine amtliche ist. Wenn aber derselbe preussische Ministerialerlaß auch den deutschen Amtsbrüdern der preussischen Advocaten den Beruf (der nur wissenschaftlich verstanden werden kann) abspricht, für deutsche Einheit im Recht und Rechtsverfahren zu wirken, so ist es wenig erfreulich, Dergleichen, wenn auch erfolglos, von dieser Seite zu vernehmen. Noch hat es allen erleuchteten Männern für ein ermutigend Wahrzeichen gegolten, daß die deutsche Nation unter den wenigst günstigen Verhältnissen nicht alle Kraft verloren hat, selbständig an der Rechtserzeugung und Fortbildung Theil zu nehmen. Und zudem kennen wir im constitutionellen Deutschland überhaupt keine so einseitigen Zustände mehr. Tief schmerzen aber muß es den Freund des deutschen Vaterlandes, so edle Bestrebungen für dessen Wohl und Ruhm mit Edicten wegen Verhütung und Bestrafung geheimer Verbindungen bedroht zu sehen. Aber die segensreiche Richtung der Zeit auf das Allgemeine wird darum nicht verkümmern, obgleich noch ärmer werden an Vertrauen nach einer wichtigen Seite. Allein zu einer Zeit, wo in den deutschen Ländern Alles nach Einigung und Verbindung strebt, will ich mit den Worten einer neuesten Schrift über diesen Gegenstand (F. W. Fischer, „Die deutsche Justiz“ u. s.) schließen: wäre es thöricht, wenn nicht auch das Recht, der Reflex des Volkslebens, diesem glücklichen Drange folgen sollte. Die Gründung eines gemeinsamen Rechts wird die Einheit Deutschlands nicht herbeiführen, aber sie wird den einträchtigen Verkehr der Deutschen schirmen und beleben.

*München, 8. Febr. Ohne daß wir neue Briefe aus Athen erhalten haben, denn die seit gestern erwartete Post vom 27. Jan. ist noch nicht eingetroffen, bilden die griechischen Zustände in diesem Augenblicke gleichwol wieder den Hauptgegenstand aller Unterhaltung in den gebildeten Kreisen. Unter den seit den letzten Tagen aus Athen hier eingetroffenen Familien und Einzelnen befanden sich nämlich auch solche Personen, denen man ein hinreichend verständiges Urtheil zutrauen darf, um auf dieses einigen Werth legen zu können. Diese alle sprechen sich aber dahin aus, daß ein schon früher hier verbreitet gewesenes Gerücht, auf welches ich sogleich zurückkommen werde, nicht nur nicht unbegründet sei, sondern seiner Verwirklichung vielleicht in diesem Augenblicke schon sehr nahe stehe. Da nun auch Briefe aus Triest vom neuesten Datum ähnliche Andeutungen enthalten, so wird es begreiflich, daß man hier mehr als früher auf das Ganze einigen Werth legt und daran weitere Folgerungen knüpft. Es mag etwa vier Wochen her sein, daß hier ein Brief von Hand zu Hand ging, der von einem Griechen an einen aus Athen zurückgekehrten ehemaligen griechischen Offizier geschrieben war und sich über manche nicht eben allgemein bekannt gewordene Dinge verbreitete. Vorzugsweise wurde in demselben der nahe Bruch im Ministerrathe bestimmt vorausgesagt und darauf hingewiesen, daß derselbe eine Folge ganz anderer Veranlassungen sei, als welche in den griechischen Zeitungen bereits erwähnt wurden, wenn in diesen die Rede auf vorhandenen Zwiespalt in den ministeriellen Reihen komme. Ganz unumwunden erklärte derselbe Grieche in einem vor vierzehn Tagen hier eingetroffenen Briefe, daß diejenigen Parteihäupter, welche den 15. Sept. herbeigeführt, mit nichts Ge-